

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Europäischen Bezahldienst jetzt berlinweit umsetzen!

Drucksachen 19/2743 und 19/2921 – Zwischenbericht

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
Skzl VI B Hosp

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über
Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über Europäischen Bezahldienst jetzt berlinweit umsetzen!
- Drucksache Nrn. 19/2743 und 19/2921 - Zwischenbericht -

Der Regierende Bürgermeister von Berlin legt nachstehende Mitteilung dem
Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 12.02.2026 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, berlinweit das Bezahlen von Verwaltungsdienstleistungen mit dem europäischen Bezahldienst Wero zu ermöglichen, sobald dies technisch möglich ist; nötigenfalls sind die zur Einrichtung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu sind der Basisdienst E-Payment zu erweitern sowie die Ämter vor Ort bspw. durch einen Rahmenvertrag und die notwendigen IT-Verfahren zu unterstützen. Ziel ist es, dass Berlin als erste europäische Hauptstadt eine europäische und souveräne Zahlungsmöglichkeit anbietet. Darüber hinaus soll der Senat auf die Berliner Landesunternehmen einwirken, dem Beispiel zu folgen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. April 2026 zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Die Anbindung von Wero an den bestehenden IKT-Basisdienst ePayment erfordert, wie im Zwischenbericht vom 13.03.2026 dargestellt, die Überwindung erheblicher rechtlicher und organisatorischer Herausforderungen. Aufgrund der dadurch erforderlichen internen Abstimmungsprozesse, die noch nicht abgeschlossen sind, wird um eine Fristverlängerung bis 31.12.2026 gebeten.

Der Senat wird nach Ablauf der verlängerten Frist über den Fortgang der Angelegenheit berichten.

Berlin, den 09. Juli 2026

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Florian Hauer
Staatssekretär für Digitalisierung
und Verwaltungsmodernisierung / CDO (m.d.W.d.G.b.)